

Unvereinbarkeiten

(Maildebatte im Rat von Attac D Juli 2021)

Interessant an deiner Kritik ist aber die Vermutung, eine klare Haltung gegen rechtsaußen mache es unmöglich, "eine Frage, eine Forderung, oder eine Kritik ... vorzubringen und zu vertreten", wenn etwas „ähnliches“ auch „von der anderen Seite“ vertreten werde. Du schreibst, "wir sollten in einer derartigen Situation, bei derartigen Themen das Feld nicht anderen überlassen (und uns womöglich sogar zurückziehen, um nur ja nicht mit den 'Rechten' verwechselt zu werden) sondern vielmehr offensiv unsere anderen -- und besseren ! – Antworten öffentlich vortragen und vertreten um damit denjenigen eine Alternative anzubieten, die sonst möglicherweise hinter rechten Rattenfängern herlaufen würden – auch und gerade dann wenn die Fragestellungen und Kritikpunkte, die hierbei am Beginn stehen, 'ähnlich' klingen."

Du hast zwar zitiert, was ich dazu geschrieben hatte, aber gelesen scheinst du es nicht zu haben. Ich schrieb, Rechte widmeten sich zwar manchmal ähnlichen Themen wie Linke und beriefen sich dabei sogar gelegentlich auf für links gehaltene Autor:innen. Aber ihre Forderungen seien nie von dem Bestreben nach Emanzipation aller Menschen, von Solidarität mit den Schwächsten oder von der Idee universaler Menschenrechte geprägt. Und dann wörtlich: "Linke, denen das wichtig ist, können ihre Forderungen immer in einen Rahmen stellen, mit dem keine Verwechslung mit Rechtsradikalen möglich ist."

Da ist zunächst das "Immer" im letzten Satz. Ich behaupte also in vollständigem Gegensatz zu deiner Unterstellung, dass es keine Situation gibt, in der Linke sich zurückziehen, Rechten das Feld überlassen müssten oder sowas, weil man ihre Forderungen vielleicht verwechseln könnte.

Wenn ich ein bedingungsloses Grundeinkommen fordere, um mit meiner Lieblingsforderung anzufangen, und Rechte das auch zu tun scheinen, dann muss ich nur klären, dass ein BGE als menschenrechtlich begründete Maßnahme selbstverständlich an alle gezahlt werden muss, die hier sind, ganz ausdrücklich also auch an die, die über keinen legalen Aufenthaltstitel verfügen, und schon stimmt kein Rechter mehr zu. Dasselbe gilt für alle Sozialsysteme.

Wenn ich ein umfassendes, gut ausgestattetes Gesundheitssystem fordere, dann muss ich nur deutlich machen, dass es sich dabei um ein Menschenrecht handelt, das allen Menschen auf der Welt zusteht, eine der ersten Maßnahmen also in dem bestehen müsste, was medico international mal einen "globalen Krankenschein" genannt hat, also einen Rechtsanspruch auf medizinische Behandlung überall auf der Welt, solidarisch mit-, ja hauptsächlich finanziert von und aus den reichen Ländern.

Wenn ich mehr Anerkennung für die Beschäftigten in "systemrelevanten Bereichen" fordere, dann muss ich nur deutlich machen, dass es sich dabei praktisch durchgängig um weiblich konnotierte Tätigkeiten handelt, also um Tätigkeiten, die aus der Wertproduktion abgespalten und damit ebenso systematisch entwertet werden wie ihre Träger*innen.

Wenn ich Themen wie Klimawandel, Artensterben, Wachstumszwang anspreche, dann gibt es mit einem großen Teil der äußeren Rechten ohnehin keine Ähnlichkeiten, aber ich kann das auch noch deutlicher machen, indem ich klarstelle, dass der Abbau von Privilegien in den reichen Ländern beginnen muss, und zwar radikal und ohne dass an die armen Bedingungen gestellt werden.

Wenn ich die Einkommenssituation eines Großteils der Bevölkerung thematisieren will, Hartz IV und Ähnliches, dann muss ich nur den Mechanismus benennen, der solches Herabdrücken von immer mehr Menschen in unwürdige Lebensverhältnisse überhaupt erst ermöglicht, nämlich die Illegalisierung der Migration und die völlige Entrechtung der Migrant*innen.

Wenn es um Finanz- und Wirtschaftspolitik geht, dann geht es auch um die strukturellen Exportüberschüsse Deutschlands und den damit verbundenen Export von Armut und Erwerbslosigkeit.

Bei jedem außenpolitischen Thema geht es auch um (Neo-)Kolonialismus und Militarismus undsoweiter undsofort. Nichts, nicht ein Thema, nicht eine Forderung bleibt, bei der sich radikale Linke und Rechtsaußen nicht dadurch unterscheiden würden, dass das Agieren der einen von dem Bestreben nach Emanzipation aller Menschen, von Solidarität mit den Schwächsten oder von der Idee universaler Menschenrechte geprägt ist und das der anderen eben nicht.

Wie mir scheint, ist dir diese Art der Weltbetrachtung aber zu kompliziert und verlangt zu viel Differenzierung und Hinter-die-Dinge-Schauen.

Ich könnte das jetzt noch komplizierter machen, indem ich deinen Hinweis aufnehme, dass wir es im politischen Alltag tatsächlich oft auch mit Leuten zu tun haben, die rechtsaußen-Positionen nachsprechen, sich ihnen annähern, ohne sie komplett zu teilen. Da sind wir dann manchmal in der Versuchung, auch unsererseits verkürzt zu argumentieren, unsere Alternativen unvollständig darzustellen, den grundsätzlichen Unterschied nicht umfassend herauszuarbeiten. So sehr ich das als Teil einer manchmal hektischen Alltagspraxis verstehen kann, so wenig ändert es etwas an den tatsächlich vorhandenen Unvereinbarkeiten.

Und genau darum geht es ja hier, um Unvereinbarkeiten zwischen einer radikal emanzipatorischen und einer rechtsradikalen Position. Es geht in keiner Weise darum, innerhalb der Linken oder genauer zwischen ihren radikalen, bürgerlichen, liberalen, anarchistischen, marxistischen oder sonstwie Teilen Trennungen aufzurichten, es geht darum, dass ich und die allermeisten Attacies nicht mit Leuten zusammen in einer Organisation sein wollen, die die Grenze nach rechtsaußen zwar wolkig-allgemein benennen, aber nicht konkret ziehen wollen.